



Marburg, 08.02.2024

Ort, Datum

Eingang:

TOP:

Lfd.Nr.

Bürgerliste Weiterdenken (WDMR)
Dr. Frank Michler**Dringlicher Antrag zur Kreistagssitzung am 09.02.2024**

Menschenwürde, Rechtsstaat und Demokratie verteidigen – Julian Assange retten!

Beschluss:

Aufgrund der jüngst von der UN-Berichterstatterin für Folter geäußerten Sorge über die Misshandlung von Julian Assange erklärt der Kreistag:

„Wir sind besorgt über die mögliche Auslieferung des Gründers der Enthüllungsplattform WikiLeaks, Julian Assange, an die USA. Dass ein australischer Journalist, der mit seiner journalistischen Arbeit in Europa u.a. schwerste Kriegsverbrechen der USA aufgedeckt hat, an seine Verfolger in der USA ausgeliefert werden soll, steht im eklatanten Widerspruch zu den Grundprinzipien unserer westlichen Wertegemeinschaft. Uns erschüttern die persönliche Tragödie und das Leid für Julian Assange und seine Familie angesichts der Tatsache, dass er wegen seiner Arbeit als Publizist und Journalist von den USA als Staatsfeind verfolgt und mit dem Leben bedroht wird und seit 2019 in Isolationshaft in einem britischen Hochsicherheitsgefängnis einsitzt. Seine Haftbedingungen wurden vom UN-Berichterstatter Nils Melzer als folter-ähnlich eingeschätzt.

Uns besorgt aber auch, dass für den Fall seiner Auslieferung an die USA, die den kritischen Journalisten als Staatsfeind betrachten, ein für alle anderen potentiell kritischen Journalisten sichtbares Exempel statuiert wird. Der daraus resultierende Einschüchterungseffekt hat dramatische Auswirkungen auf die real existierende Pressefreiheit, die einen Grundpfeiler unserer westlichen Wertegemeinschaft darstellt. Ein Schweigen zur möglichen Auslieferung von Julian Assange an die USA – wo ihn kein faires Verfahren erwartet und ihm stattdessen die Fortsetzung und Verschärfung seiner folter-ähnlichen Haftbedingungen droht – gefährdet auch unsere eigene Glaubwürdigkeit. Wie können wir künftig Fälle der Missachtung von Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in anderen Ländern kritisieren, während wir den Verstoß gegen jene Prinzipien im eigenen Einflussbereich schulterzuckend hinnehmen?

Wir rufen daher jeden einzelnen Kreistagsabgeordneten, jeden Gemeindevertreter und jeden Bürgermeister im Landkreis Marburg Biedenkopf dazu auf, ihre Stimme für die Freilassung von Julian Assange zu erheben und mit Schreiben an die Bundesregierung, die britische Regierung sowie an die Presse dieser Forderung Nachdruck zu verleihen.“

Begründung:

1.) Dringlichkeit

Das Thema ist dringlich aufgrund der jüngsten Presseberichte über die aktuell geäußerten Sorgen der UN-Berichterstatteerin für Folter, Alice Jill Edwards:

UNHCR, 6.2.2024:

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/02/un-special-rapporteur-torture-urges-uk-government-halt-imminent-extradition>

Spiegel, 6.2.2024

<https://www.spiegel.de/ausland/julian-assange-uno-expertin-warnt-bei-auslieferung-an-die-usa-vor-moeglicher-folter-a-2121fb55-f943-42a2-884e-d45ce35a2f64>

HNA: 7.2.2024:

<https://www.hna.de/politik/grossbritannien-gefahr-folter-un-expertin-sorge-whistleblower-assange-auslieferung-usa-zr-92818572.html>

Des Weiteren ist am 20. und 21. Februar am Londoner High Court eine Anhörung geplant, die möglicherweise die letzte Chance ist, seine Auslieferung an die USA noch zu stoppen:

<https://www.op-marburg.de/politik/wikileaks-gruender-julian-assange-offenbar-im-februar-erneut-vor-gericht-WFJ7V6YJBNOKPKSVNUFKJZWUEI.html>

2.) Betroffenheit des Landkreises

Sofern der Kreistag eine Betroffenheit des Landkreises aufgrund des correctiv-Artikels über das Potsdam-Treffen im November 2023 sieht, sollte er erst recht eine Betroffenheit im Falle einer weiteren Erosion der Pressefreiheit durch Einschüchterung kritischer Journalisten sehen.

Falls die westliche Wertegemeinschaft eine Auslieferung von Julian Assange an die USA zulässt, werden sich auch Journalisten in Marburg-Biedenkopf dreimal überlegen, ob sie regierungskritische Artikel schreiben oder doch lieber mit dem Strom schwimmen und das von der jeweiligen Regierung propagierte aktuelle Narrativ bedienen.

Auch unsere Glaubwürdigkeit beim Engagement für Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit steht auf dem Spiel, wenn wir im Fall von Julian Assange weiterhin selektiv wegschauen und schweigen.

3.) Pressefreiheit in Gefahr

Dass Julian Assange in den USA aufgrund des Espionage Act von 1917 kein faires Verfahren erwartet, ist allgemein bekannt:

„Forged in the crucible of war during a period of unprecedented censorship and repression, the 1917 Espionage Act was pushed through Congress by President Woodrow Wilson, who was eager to silence critics at a time when there was widespread resistance to America’s engagement in the First World War.“

<https://www.thenation.com/article/archive/julian-assange-wikileaks-1917-espionage-act/>

Übersetzung:

„Geschmiedet im Schmelztiegel des Krieges, in einer Zeit beispielloser Zensur und Repression, wurde das Spionagegesetz 1917 von Präsident Woodrow Wilson im Kongress durchgesetzt. Wilson wollte Kritiker zum Schweigen bringen, als es weit verbreiteten Widerstand gegen Amerikas Engagement im Ersten Weltkrieg gab.“

Den Einschüchterungseffekt auf Journalisten auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf beschreibt Caitlin Johnstone wie folgt:

„The most powerful government on earth setting a legal precedent which would allow it to extradite any journalist anywhere in the world for exposing its malfeasance would unquestionably have a massive chilling effect on journalism everywhere in precisely the area where press scrutiny is most sorely needed.“

<https://caitlinjohnstone.com/2021/12/16/the-assange-case-explained-simply/>

Übersetzung:

„Die mächtigste Regierung der Welt, die einen rechtlichen Präzedenzfall schafft, der es ihr ermöglichen würde, jeden Journalisten überall auf der Welt ausliefern zu lassen, der ihr Fehlverhalten aufdeckt, hätte zweifellos eine massiv abschreckende Wirkung auf den Journalismus überall genau in dem Bereich, in dem eine kritische Presseberichterstattung am dringendsten erforderlich ist.“



Missachtung des Asylrechts: Die Entführung von Julian Assange aus der Ecuadorianischen Botschaft im April 2019.

Daher sollte sich der Kreistag für die Freilassung von Julian Assange stark machen, und auch andere Akteure dazu aufrufen, die Pressefreiheit als einen Grundpfeiler unserer Demokratie zu verteidigen.

Unterschrift